

25.06.2024

## Gemeinsamer Antrag zur Tagesordnung

Gremium	Termin	Zuständigkeit	Status
Rat der Stadt	27.06.2024	Beschluss/Empfehlung	öffentlich

### Tagesordnungspunkt

Altschulden

### **Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,**

die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU bitten unter dem oben genannten Punkt um Beratung und Abstimmung des folgenden Antrags:

1. Der Rat begrüßt die Ankündigung der schwarz-grünen Landesregierung, die Problematik der Altschulden insbesondere vieler Ruhrgebietsstädte endlich zu lösen und ab dem kommenden Jahr dafür jährlich zusätzliche 250 Millionen Euro im Landeshaushalt zur Verfügung zu stellen. Der Rat fordert die Landesregierung auf, diese Ankündigung nun auch konkret umzusetzen.
2. Der Rat fordert die Bundesregierung auf, ihren im Koalitionsvertrag zugesagten Beitrag zu leisten und die Hälfte der Kosten einer vollständigen Altschuldenlösung zu übernehmen.
3. Die Verwaltung wird gebeten, den Ratsbeschluss der Bundesregierung und der nordrhein-westfälischen Landesregierung sowie den jeweils regierungstragenden Fraktionen im Deutschen Bundestag und im Landtag NRW zu übersenden.

### **Begründung:**

Viele Städte, darunter auch Dortmund, fordern seit vielen Jahren eine Lösung der Altschulden-Problematik. Wie sehr die Altschulden den städtischen Haushalt belasten und beeinflussen, zeigt die Tatsache, dass die Liquiditätskredite sich inzwischen auf rund 1,5 Milliarden Euro belaufen. In der mittelfristigen Finanzplanung geht die Kämmerei sogar von zwei Milliarden Euro aus.

Bundes- und Landesregierung haben in ihren jeweiligen Koalitionsverträgen Unterstützung beim Abbau der Altschulden signalisiert. Nach dem gescheiterten Versuch aus dem letzten Jahr, bei dem es nur um eine Umverteilung von Geldern ging, das den Kommunen eh zugestanden hätte, hat das Land nun einen neuen Vorstoß angekündigt. Es ist gut, dass die Landesregierung dieses Mal dafür zusätzliches Geld bereitstellen will. Die Pläne des Landes sind insbesondere von den kommunalen Spitzenverbänden positiv aufgenommen und begrüßt worden. Nun

sind die Bundesregierung und insbesondere der Bundesfinanzminister gefragt, die eigenen Zusagen zu erfüllen und ebenfalls Verantwortung für die finanzielle Handlungsfähigkeit unserer Städte zu übernehmen.

Absehbar sind in den kommenden Jahren vom Klimaschutz über den Erhalt und die Ertüchtigung bestehender Infrastrukturen, die Unterbringung von Geflüchteten bis hin zum Erhalt der sozialen Infrastruktur viele Herausforderungen zu bestehen. Dafür brauchen die Städte die finanzielle Handlungsfähigkeit. Die Altschulden sind dabei ein Klotz am Bein, von dem sie nur mit Unterstützung von Land und Bund entbunden werden können.

**Mit freundlichen Grüßen**

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
gez. Dr. Christoph Neumann

F. d. R.



Stefan Neuhaus

CDU-Fraktion  
gez. Dr. Jendrik Suck

F. d. R.



Ralf Binnberg